Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Durlacher Tagblatt. 1920-1964
1932

157 (8.7.1932)

Visual Library

Durlacher Tageblatt

(Durlacher Wochenblatt gegründet 1829) mit den amtlichen Bekanntmachungen für den Amtsbezirk Karlsruhe.

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- u. Feiertage ausgenommen. Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadtbereich monatlich 1,70 Mark. Einzelnummer und Belegblatt 10 Pfennig.

Druck u. Verlag: Buchdruckerei A. Dutz, Durlach, Mittelstr. 6. Fernsprecher 204. Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 10101.

Anzeigenberechnung: Die 8gespaltene Millimeterzeile 8 Pfennig, Reklamezeile 25 Pfennig. Schluß der Anzeigenannahme tags zuvor nachm. 4 Uhr, für dringliche Familienanzeigen am Erscheinungstag ½9 Uhr vorm. Für Platzvorschriften und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr übernommen werden. Im Falle höherer Gewalt hat der Bezieher keine Ansprüche bei verspätetem oder Nichterscheinen der Zeitung.

Nr. 157 | Freitag, den 8. Juli 1932 | 104. Jahrgang

Kurze Tagesübersicht

Die Besprechungen in Lausanne haben in den politischen Fragen zu keiner Verständigung geführt.

*

Die Zahl der Arbeitslosen ist in der zweiten Junihälfte um 93 000 auf 5 456 000 zurückgegangen.

*

Von den nach Moskau gestarteten amerikanischen Weltfliegern Mattern und Griffin fehlt jede Nachricht.

*

Der Danziger Senat hat in einer Note an Polen erneut gegen die polnische Boykotthetze gegen Danzig Protest erhoben.

*

Der neugewählte hessische Landtag wählte den Nationalsozialisten Professor Werner zum ersten Präsidenten. Erster Vizepräsident wurde der Zentrumsabgeordnete Weckler.

*

Die Groß-Berliner Hafen- und Speichereiarbeiter wollen am Freitag in den Streik treten.

*

Baldwin gab im englischen Unterhaus eine Erklärung über die Abrüstung ab.

*

Nach dem Bericht der Reichsanstalt zählte man in Deutschland am 30. Juni 5 476 000 Arbeitslose.

*

Der Gesamtvorstand der Deutschen Staatspartei hat beschlossen, im ganzen Reiche selbständig und ohne Listenverbindung in den Wahlkampf zu gehen.

*

Geheimrat Dr. Hugenberg eröffnete am Donnerstag in Rostock für die Deutschnationale Volkspartei den Wahlkampf mit einer groß angelegten Rede.

*

Von den amerikanischen Weltfliegern, die schon am Donnerstag morgen in Moskau erwartet wurden, lag bis zum Abend noch keine Nachricht vor.

Französisches Untersee-Boot gesunken

66 Tote?

T.U. **Paris**, 7. Juli. Eines der neuesten französischen Unterseeboote, „Promethee", das am Donnerstag auf der Höhe von Cherbourg einige Manöver an der Wasseroberfläche ausführte, ist aus bisher unbekannten Gründen plötzlich gesunken. 66 Mann der Besatzung, darunter zahlreiche Ingenieure des Marinearsenals, sind voraussichtlich ertrunken. Der Kapitän und einige der Ingenieure, die sich im Turm befanden, konnten gerettet werden. Das U-Boot ruht in 50 Meter Tiefe auf dem Meeresgrund. Einzelheiten sind zur Stunde noch nicht bekannt.

66 Todesopfer der U-Boot-Katastrophe.

T.U. **Paris**, 7. Juli. Das Kriegsmarineministerium bestätigt am Donnerstag den Untergang des U-Bootes „Promethee". Die Zahl der Toten wird amtlich mit 66 angegeben.

Ueber den Untergang werden folgende Einzelheiten bekannt: Das U-Boot war am Donnerstag unter der Kontrolle einer Reihe von Ingenieuren der Schneider u. Creuzot-Werke zu einer Uebungsfahrt auf der Höhe von Cherbourg ausgelaufen, als es ganz plötzlich absackte. Der Kommandant, der sich mit drei Ingenieuren im Turm aufhielt, sowie vier Matrosen, die sich auf dem Deck befanden, konnten von einem in der Nähe kreuzenden Fischdampfer aufgenommen werden. Sie wurden sofort in das Marinekrankenhaus von Cherbourg überführt.

Die Ursache der Katastrophe dürfte erst nach der Hebung des Schiffes klar werden. Man hat jede Hoffnung aufgegeben, einen Teil der Besatzung zu retten, da das Boot ungeheuer rasch sank und keine Möglichkeit mehr bestand, die Luken zu schließen.

Die „Promethee" wurde im Oktober 1930 in Cherbourg vom Stapel gelassen und hatte eine Wasserverdrängung von nahezu 1600 Tonnen.

Wichtige Ministerbesprechung über Lausanne

T.U. **Berlin**, 7. Juli. Am Donnerstag nachmittag hat in Berlin eine Ministerbesprechung stattgefunden, in der die in Berlin weilenden Reichsminister nach mehreren eingehenden Telephongesprächen mit dem Reichskanzler in Lausanne zu der durch die hartnäckige Ablehnung der politischen Voraussetzungen zur wirtschaftlichen Wiederaufrichtung Europas seitens Frankreichs geschaffenen Lage Stellung nahmen. Der in Lausanne vertretene Standpunkt der deutschen Abordnung, daß man im Falle der endgültigen Weigerung Frankreichs, die politischen Voraussetzungen anzuerkennen, auf den Ausgangspunkt der Konferenz zurückgeworfen und daß damit eine völlig neue Lage entstanden sei, dürfte somit auch der Standpunkt des gesamten Reichskabinetts sein.

Vor der unmittelbaren Einigung in Lausanne

T.U. Lausanne, 8. Juli. Die Lage auf der Reparationskonferenz hat in den Nachtstunden zum Freitag eine Wendung genommen. Die Einigung zwischen sämtlichen Konferenzmächten und das Abkommen über die endgültige Regelung der deutschen Tributfragen wird als unmittelbar bevorstehend angesehen. Die Verhandlungen haben bis 4 Uhr früh gedauert, in diesen Verhandlungen ist der endgültige Text des Tributabkommens so gut wie fertiggestellt worden.

*

Die Verhandlungen am Donnerstag

Lausanne, 7. Juli. Reichskanzler von Papen, in Begleitung von Staatssekretär v. Bülow und Ministerialdirektor D. Gaus, sind um 10 Uhr bei Herriot im Palace-Hotel eingetroffen. An den Verhandlungen nimmt diesmal Macdonald nicht teil, hauptsächlich wohl deshalb, weil sich sein Befinden seit gestern abend noch nicht gebessert hat und er sich schonen muß. Auf französischer Seite ist Paul-Boncour zugezogen worden. Die Besprechung Papen—Herriot dauerte bis 12 Uhr mittags. Ein Erfolg ist noch nicht erzielt; die Besprechungen gehen weiter.

Noch keine abschließenden Ergebnisse in Lausanne

Lausanne, 7. Juli. Die Besprechung bei Macdonald, an der neben dem Reichskanzler diesmal auch Reichsaußenminister Freiherr von Neurath teilnahm, dauerte am Donnerstag bis 6.15 Uhr, das heißt gegen zwei Stunden. **Sie führte bisher nicht zu abschließenden Ergebnissen.**

Keine Einigung in politischen Fragen

Lausanne, 7. Juli. Bei der Vormittagsbesprechung ist, wie wir erfahren, nicht über die Ziffernfrage, sondern nur **über die politischen Fragen** verhandelt worden. Es hat sich dabei herausgestellt, **daß der Komplex der politischen Konsequenzen, wie sie von deutscher Seite zur Erörterung gestellt werden, aber auch Wünsche und Argumente von der Gegenseite, einen solchen Umfang und eine solche Bedeutung haben, daß das Zustandekommen einer restlosen Uebereinstimmung in der Kürze der noch zur Verfügung stehenden Zeit kaum als wahrscheinlich angesehen werden darf.**

Auf französischer Seite handelt es sich dabei um gewisse Wünsche in der Richtung auf die Gedanken, die man früher als ein politisches „Stillhalteabkommen" bezeichnete. Welche Wirkungen diese beiderseitige Feststellung auf den Gang der Konferenz haben wird, ist im Augenblick noch nicht abzusehen.

Die Konferenz wird, auch wenn aus zeitlichen Gründen der ganze erwähnte Fragenkomplex **hier nicht mehr gelöst werden kann, einen Erfolg darstellen insofern, als sie die ausgiebig erörterten Fragen der Reparationen und des wirtschaftlichen Wiederaufbaues völlig geklärt hat, und in jedem Falle in einem absehbaren nahen Termin zu einer notwendigen und wünschenswerten Endlösung führen.**

Was der Lausanner Vertrag enthalten soll

London, 7. Juli. Der Berichterstatter der „Financial Times" in Lausanne glaubt über den **Vertragsentwurf** melden zu können, daß dieser aus vier Teilen bestehe. Die Hauptpunkte des Vertrags lauteten:

1. Alle **künftigen Entschädigungszahlungen** Deutschlands, die sich aus dem Kriege ergeben, werden **aufgehoben.**
2. Angesichts dieser Aufhebung erklärt Deutschland sich bereit, in mehreren Jahresbeträgen eine Gesamtsumme von **zwei Milliarden Mark** zu zahlen, die für einen allgemeinen europäischen finanziellen Wiederaufbaufonds zu verwenden sind.
3. Infolge der Beseitigung der Entschädigungen wird **Teil 8 des Versailler Vertrags**, der sich auf Entschädigungen und auf Deutschlands Verantwortlichkeit für den Krieg bezieht, **außer Kraft gesetzt.**
4. Die **finanzielle Kontrolle über die Reichsbank und die Reichsbahnen wird aufhören.**
5. Der vorliegende Vertrag wird erst dann in Kraft treten, wenn er von den Parlamenten der vertragschließenden Parteien bestätigt ist.
6. Die Unterzeichnungsmächte verpflichten sich, im einzelnen und gemeinsam keine Handlung zu begehen, die den wirtschaftlichen Frieden der Welt stören könnte.

Um was der Endkampf geht

Paris, 7. Juli. Der Endkampf in Lausanne geht jetzt nicht mehr um die Höhe der Ablösungssumme, sondern um ganz andere Dinge. Die französische Presse gibt offen zu, daß der Unterschied zwischen dem deutschen Angebot von 2,6 Milliarden und der französischen Forderung von vier Milliarden nicht groß genug ist, um ein Scheitern der Konferenz zu rechtfertigen, sondern daß es sich **um den Artikel 231 des Versailler Vertrags** (mit der Schuldlüge) handelt. Der überwiegende Teil der Pariser Blätter billigt Herriots Kampf gegen die Beseitigung dieses Artikels nachdrücklichst.

Der Rechtsberater der englischen Regierung, Sir Frederic Leith-Roß, hat drei Stunden lang mit der französischen Abordnung darüber ergebnislos verhandelt. Zuerst hat er England eine Fassung vorgeschlagen, in der es heißt, daß das Lausanner Abkommen den **Teil 8 des Versailler Vertrags gegenstandslos mache.** Die Franzosen erwiderten mit dem Gegenvorschlag, daß durch das Lausanner Abkommen nur die in Teil 8 erwähnte finanzielle Verpflichtung Deutschlands ersetzt werden solle. Darauf schlug Sir Frederic Leith-Roß eine Formel vor, wonach der Artikel 231 des Versailler Vertrags durch die Verständigung in Lausanne als erschöpfend gelten soll. Alle diese Vorschläge sind von den Franzosen zurückgewiesen worden. Sie fürchten offenbar, daß die Aufgabe des Kriegsschuldparagraphen von Deutschland später zu neuen politischen Forderungen benutzt werden könnte. Eine zweite Schwierigkeit, die nicht minder groß ist, ist der noch immer vorhandene **französisch-englische Gegensatz über die französischen Schulden an England.** Auch hier ist noch keine Lösung gefunden, weil Frankreich auf keinen Fall keine Schulden an England weiterhin anerkennen will.

Havas über Mißverständnisse in Lausanne

Paris, 7. Juli. Havas spricht in einer Meldung aus Lausanne von einem Mißverständnis, das sich vielleicht durch eine falsche Auslegung der Stellungnahme der deutschen Delegierten ergeben habe. Danach habe man in Lausanne angenommen, daß Deutschland sich zur Leistung von 10 Jahreszahlungen von je 250 Millionen Goldmark in bar bereiterklärt habe. Dies habe Interesse erregt, weil an die Stelle der von den Gläubigern vorgeschlagenen Ausgabe von Bonds Goldzahlungen getreten wären. **Jetzt aber erfahre man, daß die deutschen Minister niemals die Zahlung feststehender Annuitäten vorgeschlagen hätten.**

Lausanner Protokoll über die Ostreparationen

Lausanne, 7. Juli. Die Konferenz der an den sogenannten Ostreparationen beteiligten Mächte Tschechoslowakei, Jugoslawien, Rumänien, Oesterreich, Ungarn und Griechenland, die hier neben den einladenden Mächten seit drei Tagen verhandeln, soll zu einem Abschluß kommen, der die Form eines Protokolls annehmen wird. In diesem Protokoll soll festgelegt werden, daß die **Ostreparationsverpflichtungen ruhen, so lange, bis sie von einem hierfür einzusetzenden Länderausschuß neu geregelt werden.** Dieser Länderausschuß soll, wenn möglich, im Zusammenhang mit der Weltwirtschaftskonferenz in Funktion treten, jedoch spätestens am 15. Dezember ds. Js. seine Aufgabe beenden.

*

Frankreich lehnt großzügige Regelung ab. — Nunmehr völlig neue Lage in Lausanne.

T.U. **Lausanne**, 7. Juli. Ueber den Stand der Lausanner Besprechungen wurde am Donnerstag abend von deutscher Seite folgende Beurteilung der Lage gegeben:

In der heutigen Unterredung zwischen dem Reichskanzler und Herriot ist noch einmal versucht worden, eine Grundlage für eine großzügige Regelung aller auf der Konferenz Deutschland interessierenden Fragen zu finden. Hierbei ist von deutscher Seite grundsätzlich auf die Erklärung des Präsidenten der Konferenz, Macdonald, in seiner Eröffnungsrede hingewiesen worden, daß die Lausanner Konferenz „zu einem großen ausschlaggebenden Ergebnis und zum Abschluß der Kriegsrechnung führen muß, um den Völkern die Hoffnung auf einen Aufstieg zu geben". Auch der Baseler Sachverständigenbericht fordert ausdrücklich als die unerläßliche Voraussetzung des wirtschaftlichen Wiederaufstieges die Regelung der großen ungeklärten politischen Fragen. Diese Auffassung der Gesamtlage ist bei den Vertretern Frankreichs auf keinerlei Verständnis gestoßen. Die Franzosen haben es abgelehnt, auf eine derartige Betrachtungsweise der Probleme einzugehen.

Trotz des bisherigen schroffen Gegensatzes in allen politischen Voraussetzungen, die die natürliche Grundbedingung einer allgemeinen Verständigung sind, vertritt man auf deutscher Seite die Auffassung, daß bisher noch nicht alle Wege verbaut sind. Immerhin wird mit der Möglichkeit gerechnet, daß die Durchsetzung der politischen Fragen auch weiterhin auf die hartnäckige Ablehnung der französischen Regierung stoßen wird, so daß damit die deutsche Regierung gezwungen sein würde, auf den Ausgangspunkt der Lausanner Konferenz, nämlich die endgültige Regelung der Tributzahlungen, zurückzugehen, so, wie sie in der Eröffnungsrede des Reichskanzlers programmatisch dargelegt wurde.

Auf deutscher Seite wird die Auffassung vertreten, daß man im Falle einer endgültigen Ablehnung der politischen Fragen durch die französische Regierung auf den ursprünglichen Plan zurückkommen müsse, nach dem die Tributfrage endgültig mit dem 1. Juli 1932, dem Ablauf des Hoover-Moratoriums, als erledigt anzusehen sei und daher für Deutschland lediglich die Frage der Rückzahlung der während dieses Hoover-Jahres gestundeten Beträge bestehe.

*

Herriot droht mit dem Youngplan.

T.U. **Lausanne**, 7. Juli. Herriot erklärte am Donnerstag abend der französischen Presse, daß in den Verhandlungen mit der deutschen Abordnung für die Abschlußzahlung keineswegs astronomische Ziffern gefordert worden seien, jedoch müsse Frankreich auf seinem Vorteil bestehen und seine politische Unabhängigkeit bewahren. Sollte die Lausanner Konferenz ergebnislos abgebrochen werden, so würde man automatisch auf den Youngplan wieder zurückgreifen. Die französische Regierung lehne ferner kategorisch alle politischen Forderungen ab, die von deutscher Seite mit der Regelung der Tributfrage in Verbindung gebracht werden.

*

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Nächtliche Besprechung bei dem englischen Schatzkanzler.

T.U. **Lausanne**, 7. Juli. **Herriot und Finanzminister Germain-Martin waren am Donnerstag abend Gäste des englischen Schatzkanzlers Chamberlain. Ueberraschenderweise wurden noch in der Nacht um 23½ Uhr zunächst der Reichskanzler von Papen und kurz darauf auch der Reichsaußenminister von Neurath zu Chamberlain gebeten. Man sieht darin einen letzten Versuch, die Verhandlungen über die allgemein als unlösbar angesehenen politischen Fragen doch nicht ganz abreißen zu lassen.**

Die neue Tributlage in Lausanne.

T.U. **Lausanne**, 7. Juli. Die deutsche Abordnung hat Macdonald am Donnerstag abend wissen lassen, daß sie im Fall einer endgültigen Ablehnung der von Deutschland verlangten Entscheidung über die politischen Voraussetzungen ihre bisherige Zustimmung zu dem Layton-Vorschlag nicht weiter aufrecht erhalten könne. Die Zustimmung Deutschlands zu diesem englischen Vorschlag, der eine Höchstgrenze von 2,6 Milliarden für die Beteiligung Deutschlands an der Wiederaufbaukasse vorsah, war nur unter der ausdrücklichen Voraussetzung erfolgt, daß damit eine vollständige Regelung sämtlicher mit der Tributfrage zusammenhängenden politischen Fragen verbunden sei. Die deutsche Abordnung muß daher, wenn die französische Regierung ihre Weigerung aufrecht erhält, darin eine neue Lage sehen und kann unter diesen Umständen nur noch auf der Grundlage des am 1. Juli d. J. abgelaufenen Hoover-Moratoriums verhandeln. Es hat sich im übrigen herausgestellt, daß selbst in den rein finanziellen Fragen der etwaigen Zahlungsmodalitäten auf der Grundlage des Layton-Planes in den Verhandlungen zwischen den deutschen und den französischen Vertretern so gut wie alles strittig geblieben ist, so daß also der gesamte Fragenbereich als solcher auf der bisher verfolgten Linie um keinen Schritt der Lösung näher gekommen ist. Die hartnäckige Weigerung Frankreichs vor allem gegenüber den politischen Fragen ist erst nach der letzten Pariser Reise Herriots deutlich sichtbar geworden. Diese Tatsache wird verschiedentlich auf die Einflüsse sozialistischer Kreise zurückgeführt, wobei die Gegnerschaft gegen das ausgesprochene Rechtskabinett in Deutschland eine Rolle gespielt habe. Das Kabinett Herriot wiederum ist von den Sozialisten abhängig.

Auf englischer Seite nimmt man gegenwärtig eine abwartende Haltung ein. Vereinbarungen, in welcher Weise die Besprechungen am Freitag fortgehen sollen, sind bisher noch nicht getroffen. Man nimmt aber an, daß Macdonald jetzt von neuem die Initiative ergreifen wird, um trotz der bisherigen Mißerfolge eine Weiterführung der Verhandlungen zu ermöglichen, zumal das Interesse Englands an einer Lösung der Tributfrage unverändert fortbesteht, gleichgültig, ob man noch auf der alten Linie weiter verhandeln kann oder ob die Verhandlungen unter den ursprünglichen Voraussetzungen, wie sie vor dem Zusammentritt der Konferenz sachlich und wirtschaftlich gegeben waren, von neuem begonnen werden müßten. Die hartnäckige Haltung Herriots findet jedenfalls nirgends ein Verständnis und bedeutet das alleinige entscheidende Hindernis für eine endgültige Regelung der in Angriff genommenen Fragen.

Doch wieder Verhandlungen über die politischen Fragen?

T.U. **Lausanne**, 7. Juli. Aus maßgebenden englischen Kreisen erfährt die Telegraphen-Union, daß auf Grund der Unterredung zwischen den englischen und französischen Ministern am Donnerstag abend die Verhandlungen über die politischen Fragen weiter fortgeführt würden. Auf englischer Seite bestehe der bestimmte Eindruck, daß von einem Abbruch der Verhandlungen über die großen politischen Fragen vorläufig noch nicht die Rede sein könne, daß vielmehr jetzt neue Vorschläge aufgetaucht seien, die Besprechungen über die von deutscher Seite geforderten politischen Fragen durchaus möglich machten. Deshalb habe Schatzkanzler Chamberlain den Reichskanzler und den Reichsaußenminister noch in später Nachtstunde in das Hotel „Beau Rivage" gebeten.

Die Beratungen zwischen den deutschen und den englischen Ministern, die um ½12 Uhr begannen, dauerten um ½1 Uhr noch an.

Neue Pläne für die Freitag-Verhandlungen in Lausanne.

T.U. **Lausanne**, 8. Juli. Die Besprechungen zwischen dem Reichskanzler, dem Reichsaußenminister, dem englischen Schatzkanzler Chamberlain, sowie dem Handelsminister Runciman dauerten bis ½2 Uhr. Uebereinstimmend wird von deutscher und englischer Seite mitgeteilt, daß die Verhandlungen über die politischen Fragen jetzt wieder in Gang gekommen seien und verschiedene neue Pläne aufgetaucht seien, die im Verlauf des Freitag eingehend erörtert würden. Von französischer Seite wird dagegen mitgeteilt, daß die finanziellen Verhandlungen bereits sehr weit gediehen wären und eine Einigung auf der Grundlage einer 2,7 Milliarden Reichsmark Abschlußzahlung zu erwarten wäre. Die deutsche Forderung auf Streichung des Teiles VIII des Versailler Vertrages werde berücksichtigt werden. Die juristischen Sachverständigen wären beauftragt, eine neue Formulierung hierfür auszuarbeiten, die in die Schlußerklärung aufgenommen werden solle. — Die optimistischen Aeußerungen auf französischer Seite werden von deutscher Seite mit großem Zweifel aufgenommen. Man erklärt in deutschen Kreisen nach dem Abschluß der Nacht-Verhandlungen, daß neue Versuche jetzt in Gang gesetzt worden seien und neue Formulierungen geplant wären.

Polnisches Anleihegesuch für Weiterbau Gdingens von Frankreich abgelehnt

T.U. **Lausanne**, 7. Juli. Wie von französischer Seite mitgeteilt wird, hat der polnische Außenminister in einer Unterredung mit dem französischen Finanzminister dringend um eine neue Anleihe für den weiteren Ausbau des Hafens von Gdingen und der Eisenbahnlinie zu diesem Hafen ersucht. Das Anleihegesuch ist von Frankreich abgelehnt worden, da die französische Regierung nicht über Mittel für eine neue Anleihe an Polen verfüge.

Englische Abrüstungserklärung

London, 7. Juli. Auf Ersuchen des Führers der Opposition Lansbury, der um eine Erklärung über die Abrüstungskonferenz bat, sagte Baldwin:

„Die Abrüstungskonferenz hat ein Stadium erreicht, wo wir die augenblickliche Lage unserer Erörterungen überblicken und ohne Zeitverlust an der Erzielung und Feststellung praktischer Schlüsse zusammenwirken müssen." (Beifall.) Die Regierung des Vereinigten Königreichs begrüßt herzlich die Erklärung des Präsidenten Hoover als einen **Beitrag zu diesem Ziel.** Wir begrüßen sie auch, weil sie ein wirklich substanzielles Maß der Abrüstung fordert, und weil sie versucht, die beiden Grundsätze qualitativer und quantitativer Beschränkung anzuwenden. Wir wünschen uns diesen Auffassungen anzuschließen und alles zu tun, was wir beitragen können, um ihre praktische Anwendung zu erreichen. Das Kabinett hat die Erklärung des Präsidenten Hoover in diesem Geiste erwogen und was ich über gewisse praktische Punkte sagen werde, wird gesagt in dem tiefen Wunsch, Zusammenarbeit und Vereinbarung zu fördern.

Die neuen Ausführungsbestimmungen zum Weingesetz

Beschlüsse des Reichsrats.

T.U. **Berlin**, 7. Juli. Der Reichsrat nahm am Donnerstag abend den Entwurf neuer Ausführungsbestimmungen zum Weingesetz an. Die neuen Vorschriften sollen dem Fortschritt in der Weinherstellung Rechnung tragen und die bisherigen Vorschriften der Rechtsprechung anpassen. Sie wollen Ausbau des Qualitätsweinschutzes und dem Verbraucher Gewähr gegen Fälschung bieten. Dieses Ziel bietet namentlich die schärfere Fassung der Vorschriften der Kellerbehandlung und Einschränkung der Fantasie- und Qualitätsbezeichnungen. Es soll auch durch die Ausführungsbestimmungen zu dem seit September 1930 in Kraft befindlichen Weingesetz der deutsche Weinbau und -handel gegenüber ausländischer Konkurrenz geschützt werden. Auch ist darauf Bedacht genommen, daß die deutsche Ausfuhr nicht ungünstiger gestellt wird als die ausländische. Die Verwendung von aromatischen Auszügen, der sogen. Typagen, zur Herstellung von Weinbrandverschnitt usw., soweit sie nicht im eigenen Betriebe des Verschnittherstellers gewonnen werden, bleibt entsprechend dem Vorschlag der Reichsregierung wie bisher verboten. U. a. wird die Verwendung von Typagen im Interesse der Erzeugung von Qualitätsware nach Möglichkeit eingeschränkt. Betrieben, welche zurzeit Typagen zum Weiterverkauf herstellen, ist eine Uebergangszeit bis Ende August 1935 zugestanden worden. Den Interessen Württembergs und Badens bezüglich des Schiller-Weines ist Rechnung getragen. Die Ausschüsse haben eine Ergänzung getroffen, um auch den Interessen derjenigen Weinbaubetriebe entsprechen zu wollen, die besonders in der Rheinpfalz Portugieser-Trauben erzeugen. Der Vertreter Preußens richtete an die Reichsregierung die dringende Bitte, die im Weingesetz vorgesehenen Richtlinien baldigst zur Beschlußfassung vorzulegen, da die Wirkung des Gesetzes größtenteils verloren gehen müsse, wenn die Weinbau-Kontrolle nicht einheitlich gehandhabt werde.

Im übrigen stimmte der Reichsrat einer Novelle zum Opium-Gesetz und einem Runderlaß über die Aenderung der Reisekosten-Verordnung für Reichsbeamte zu.

Ausflugs- und Urlaubskarten mit der Reichsbahn zu ermäßigten Preisen

Die verschiedenartigen neuen Ermäßigungen ergeben sich aus nachstehender Uebersicht:

1. **Feriensonderzüge:** Ermäßigung 20 Prozent, nur 3. Wagenklasse. Hinfahrt mit Sonderzug, Rückfahrt innerhalb zweier Monate mit fahrplanmäßigen Zügen, mit Eil- und Schnellzügen gegen Zahlung des Zuschlages.

2. **Sommerurlaubskarten:** 2. und 3. Klasse-Rückfahrten mit 20 Prozent Ermäßigung für Erholungs- und Ferienreisen in der Zeit vom 1. Juni bis 15. Oktober. Die Karten gelten zwei Monate, Eilzüge und Schnellzüge gegen Zahlung des Zuschlages. Mindestentfernung 200 Kilometer, Rückfahrt nicht vor dem 11. Tag.

3. **Ermäßigte Rundreisekarten** in Südwestdeutschland 2. und 3. Klasse mit 25 Prozent Fahrpreisermäßigung vorläufig für 43 beliebte Rundtouren in Südwestdeutschland. Eilzüge und Schnellzüge gegen Zuschlag, der auf Wunsch für die Gesamtentfernung nur ein Mal berechnet wird. Bis 299 Kilometer 15 Tage, von 300 Kilometer ab 30 Tage gültig, beliebige Fahrtunterbrechung.

4. **Sonntagsrückfahrkarten** 2. und 3. Klasse mit 33,33 Prozent Ermäßigung. Eil- und Schnellzüge gegen Zahlung des Zuschlags.

5. **Netzkarten, Bezirksmonatskarten und Bezirksteilmonatskarten:** Netzkarten für größere Bezirke (z. B. für ganz Südwestdeutschland einschließlich Württemberg, Baden, Pfalz bis Mainz-Wiesbaden, Frankfurt, Aschaffenburg—Würzburg). Beliebige Fahrten mit Schnellzügen. Geltungsdauer 1 Monat von jedem beliebigen Lösungstag an. 2. Klasse 130 RM., 3. Klasse 100 RM. Bezirksmonatskarten 2. und 3. Klasse für bestimmte Gebiete von 600 oder 1000 Kilometer Streckenumfang zur beliebigen Fahrt. Große Bezirke (1000 Kilometer) 3. Klasse Personenzug 50 RM., Eilzug 65 RM. **Bezirksteilmonatskarten** für 1. Kalenderwoche zu beliebigen Fahrten 3. Klasse Personenzug 17 RM., Eilzug 22 RM. Kleine Bezirke (600 Kilometer) Personenzug 3. Klasse 40 RM., Eilzug 3. Klasse 52 RM. **Bezirksteilmonatskarten** für eine Kalenderwoche 3. Klasse 14 RM., Eilzug 18 RM.

6. **Gesellschaftsfahrten** in 1. bis 3. Klasse 25 Prozent Ermäßigung für mindestens 15 Teilnehmer. Bei mehr als 50 Personen 33,33 Prozent Ermäßigung. Bei Bezahlung für 31 bis 50 Personen wird 1 Fahrkarte, für je 50 weitere Fahrkarten eine weitere Fahrkarte unentgeltlich abgegeben.

7. **Verwaltungssonderzüge** mit einer Ermäßigung bis zu 50 Prozent werden von den einzelnen Reichsbahndirektionen von Fall zu Fall nach beliebten Reisezielen ausgeführt.

8. **Zuschläge für Eil- und Schnellzüge** seit 1. Juli 1932 allgemein um die Hälfte herabgesetzt.

9. **Im Bodenseeverkehr** bestehen u. a. Fahrtmöglichkeiten zu ermäßigten Preisen bei:
   a) Rückfahrten, Ermäßigung 20 Prozent, 10 Tage gültig.
   b) Fahrscheinheften, Ermäßigung beim 2. Schiffsplatz etwa 25 Prozent. Der 1. Platz kann ohne Aufzahlung benützt werden, sodaß die Ermäßigung für diesen Platz 40 Prozent beträgt.
   c) Rundreisekarten 10 Tage gültig.
   d) Gesellschaftsfahrten, Verwaltungssonderfahrten und Sonderfahrten auf Bestellung.

Präsidentenwahl im neuen hessischen Landtag

Darmstadt, 7. Juli. Bei der Präsidentenwahl im Landtag wurde der Abg. Prof. Werner (NS.) mit 45 Stimmen zum Präsidenten gewählt. Auf den Abg. Delp (Soz.) entfielen 25 Stimmen. Zum ersten stellv. Präsidenten wurde der Zentrumsabgeordnete Weckler mit 61 Stimmen gewählt. Zum Vizepräsidenten wurde der Abg. Klostermann (NS.) gewählt. Er, sowohl wie der Abgeordnete Delp, erhielten 25 Stimmen. Das Los entschied für den nationalsozialistischen Abgeordneten. Vom Zentrum wurde dem Landtag eine Entschließung unterbreitet, wonach der Landtag erwartet, daß die größeren Fraktionen alsbald, spätestens nach der Reichstagswahl, dem Lande eine neue Regierung geben. Gegen diese Entschließung stimmten die Kommunisten und die Nationalsozialisten, deren Fraktionsführer erklärte, die Nationalsozialisten würden bereits in den nächsten Tagen die entsprechenden Schritte zur Regierungsbildung unternehmen.

Zur Wahl des hessischen Staatspräsidenten.

Darmstadt, 7. Juli. Nach längerer Beratung beschloß der Aeltestenrat des hessischen Landtags, am Freitag vormittag die Wahl des Staatspräsidenten vorzunehmen. Von gutinformierter Seite wird dazu mitgeteilt, daß die Nationalsozialisten hierfür den nationalsozialistischen Landtagspräsidenten Professor Werner nominieren werden.

Gib acht auf Orla!

ROMAN von ARNO HOHENFELD

VERTRIEBSRECHTE LITERATUR-VERLAG GLORIA BERLIN-STEGLITZ

3. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

Sie legte die Arme um seinen Hals, ihre große Liebe zu ihm, die glaubensstark und fest und durch nichts zu erschüttern war, drängte zum Ausdruck.

„Was du mir auch immer zu sagen haben magst, lieber Werner, nichts könnte mich an dir irre machen. Wenn du mir etwas verschwiegst, dann geschah es sicherlich nur, weil es so richtig und gut war."

„Ja!" antwortete er fest. „Hab tausend Dank für dein Vertrauen, liebe Edith, und sei überzeugt, du hast nicht zu befürchten, etwas zu hören, das unserer beider Liebe unwürdig wäre. Also: — Doch setz dich, mit drei Worten ist es nicht gesagt."

Sie nahm ihm gegenüber auf der anderen Seite des Schreibtisches Platz und er begann:

„Daß ich auf Wunsch meines Vaters Jurist werden sollte und umgeschmissen habe, weißt du. Das geschah jedoch nicht einzig deshalb, weil mir die ganze Juristerei gestohlen werden konnte und ich Schriftsteller werden wollte.

In meiner Heimatstadt Dahlscheidt lebte eine verwitwete Frau Geheimrat von Schloheim-Wedell, deren Tochter Anita eine Jugendfreundin von mir war. Uns verband von der Schule her eine Zuneigung, die auch weiter bestand, als ich die Universität in München bezog. Wir hatten uns zugeschworen, nie von einander zu lassen.

Während ich mich mit den Paragraphen herumschlug und täglich meine Abneigung gegen das Studium größer wurde, bedrückte mich besonders stark der ferne Zeitpunkt, an dem es mir möglich sein würde, Anita zu heiraten und einen eigenen Hausstand zu gründen. Ich sehnte mich danach und malte mir in den berückendsten Farben aus, wie herrlich es sein müsse, an ihrer Seite zu leben, für sie zu schaffen. Doch wodurch konnte ich zu einer Existenz kommen? Verschiedentlich hatte ich mich als Schriftsteller versucht und sogar Absatz für meine Erzeugnisse gefunden. Durfte ich es wagen, auf diese kleinen Erfolge hin mich ganz der Schriftstellerei zuzuwenden, auf ihr meine Zukunft aufzubauen?

Ich fand keinen anderen Weg, also mußte es sein. Ich fuhr nach Hause, um meinen Eltern von meinem Entschluß Kenntnis zu geben, was natürlich nur mündlich geschehen konnte. Mein Vater starrte mich zuerst an, als habe ich den Verstand verloren, dann folgte eine ziemlich erregte Auseinandersetzung, die dank des Eingreifens meiner Mutter gütlich endete.

Nun eilte ich zu Anita, um ihr die große Neuigkeit zu verkünden. Sie zeigte sich erfreut und voller Anteilnahme, aber seltsam, die große Glückseligkeit, die ich bestimmt bei ihr anzutreffen erwartet hatte, fand ich nicht. Ich schob das dem Umstand zu, daß sie nicht so zuversichtlich sein konnte wie ich, obgleich es mich hätte nachdenklich stimmen müssen. So berauscht war ich von meiner Idee, daß ich, der ich doch sonst ein guter Beobachter bin, ein anderes Merkmal vollkommen übersah, das mir nicht hätte entgehen dürfen und mir erst später bei der Erinnerung daran verständlich wurde. Im Hause der Geheimrätin gab es ein altes Faktotum, Minna geheißen, eine treue Seele und unsere Vertraute, der erzählte ich natürlich ebenfalls meinen Plan mit dem stolzen Hinzufügen, daß es nun nicht mehr lange dauern werde, bis ich mir Anita zur Frau hole. Sie sah mich darauf mit einem Blick an, der klar offenbarte, was später Wirklichkeit wurde."

Er sprach leicht, mehr obenhin, vermied jeden Gefühlston und doch verspürte Edith bei seinen Worten einen Stich. Jetzt wußte sie, warum er die Nächte hindurch gearbeitet, sich keine freie Minute gegönnt hatte. Wie mußte er sie geliebt haben. Stärker klopfte ihr Herz. Sie mußte den Blick senken, sie konnte ihm nicht in die Augen sehen.

„Daß und wie ich meinen Weg machte, dessen bist du ja selbst Zeuge gewesen. Nun also, der Tag kam, wo ich, auf Erfolge gestützt, wieder nach Hause fuhr, um mir von der gestrengen Frau Geheimrat, die mir übrigens nicht grün war, die Einwilligung zur Heirat mit Anita zu holen.

Meinen Eltern wie auch Anita hatte ich stets ausführlich von jedem glücklichen Wurf berichtet.

Das war ein Tag, wie man ihn im Leben nicht wieder vergißt! Der einzige Sohn kehrt nach langer Abwesenheit erfolgreich zurück! Mein Vater, der es mit der Würde eines Amtsgerichtsrates wohl nicht vereinbar hielt, sich Rührung anmerken zu lassen, war weich wie Butter, und meine Mutter —" Werner pausierte, die Erinnerung an die Mutter und ihren Freudenschrei, als sie ihn in ihre Arme schloß, nahm ihm für einige Sekunden die Sprache —, „die war so überselig, daß sie mich nicht von ihrer Seite fortlassen wollte. Ich sah keine andere Möglichkeit, um frei zu kommen, als ihr vorzeitig zu enthüllen, was ich vor hatte.

Kaum hatte ich ausgesprochen, da wurde sie weiß wie Kalk und umklammerte haltsuchend meinen Arm. Dann fiel sie mir um den Hals und weinte. Ich wußte nicht, was ich daraus machen sollte. Ich hielt es für übergroße Freude."

Ein wehes, schneidendes Auflachen klang plötzlich durch den Raum.

„Ein paar Minuten später war ich es, dem jeder Blutstropfen aus dem Gesicht geschwunden war. Anita von Schloheim-Wedell hatte sich mit einem Herrn Ullrich von Strewo, einem fünfzehn Jahre älteren Mann, verheiratet und samt ihrer Mutter die Stadt verlassen. Ohne eine Zeile für mich! Als ob nie die kleinste Abmachung zwischen uns bestanden, ich überhaupt nicht existiere."

Erregung bebte in seiner Stimme, er mußte sich zur Ruhe zwingen, aber es gelang ihm nur schlecht.

Edith wurde von seinem Seelenschmerz berührt, als sei es ihr eigener, und die Hand ausstreckend, fuhr sie streichelnd, besänftigend, tröstend über die seine.

„Ich überwand, vergaß, und hoffte nur, sie nie wiederzusehen, was um so wahrscheinlicher, als dieser Herr von Strewo große Besitzungen haben und sehr zurückgezogen leben sollte.

(Fortsetzung folgt.)